

Niederschrift Nr. 1 über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 06.02.1997
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Ausstellungsraum des Pelzerhauses

Anwesend:

Vorsitzende

Grix, Helga

SPD-Fraktion

Haase, Hans-Dieter
Mecklenburg, Rico
Tamminga, Jenny

CDU-Fraktion

Hegewald, Reinhard

FDP-Fraktion Grundmandat

Beisser, Kurt-Dieter Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Grundmandat

Schmidt, Christine

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Grix, Wilhelm
Keller, Diana
Meinen, Regina
Rehling, Gertrud

Beratende Mitglieder

Fekken, Okka
Henrich, Ursula
Ouedraogo, Abdou
Schoolmann, Beate
Sprengelmeyer, Thomas
Wilts, Elfriede

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Grix eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Ergebnis: einstimmig

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschuss

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Verpflichtung eines beratendes Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses

Frau Grix nimmt die Verpflichtung der beratenden Mitglieder gem. § 28 NGO vor.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Änderung der Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit
Vorlage: 13/91

Herr Saathoff erläutert die Beschlüßvorlage des Jugendamtes, wonach der Fördersatz für Fahrten und Lager von 2,50 DM auf 3,00 DM pro Tag und Teilnehmer angehoben werden soll. Der Zuschuß für internationale Begegnungen wird bei Fahrten ins Ausland von 8,00 DM auf 10,00 DM pro Tag und Teilnehmer erhöht. Des weiteren sollen die anrechnungsfähigen Kosten für Unterkunft und Verpflegung von 23,-- DM auf 28,-- DM pro Tag und Teilnehmer angehoben werden. Das Mindestalter der Teilnehmer für internationale Jugendbegegnungen werde von 14 Jahren auf 12 Jahren herabgesetzt.

Das Jugendamt schlage diese Maßnahme vor, obwohl in der heutigen Zeit Zuschüsse im allgemeinen wegen der schlechten Haushaltslage gekürzt werden. Da aber die Teilnehmerzahlen erheblich zurückgegangen sind, müssen unbedingt neue Anreize in der Jugendförderung geschaffen werden.

Herr Mecklenburg hält die Maßnahme für richtig, weil hier präventive Arbeit geleistet wird. Zudem werde der Gesamtansatz des Haushaltes nicht erhöht, sondern es finde lediglich eine Umschichtung von Haushaltsmitteln statt.

Herr Hegewald hält die Maßnahme ebenfalls für sinnvoll und vertretbar. Er fragt, wie stark die Teilnehmerzahlen zurückgegangen sind und ob evtl. das Angebot schlecht war.

Herr Sprengelmeyer erklärt, daß die Anbieter insofern eine schlechte Situation vorfänden, als sie bereits im laufenden Kalenderjahr für das nächste Kalenderjahr Planungen und Vorbereitungen treffen müßten und es aufgrund der ungenauen Haushaltslage natürlich Planungsunsicherheiten gibt.

Herr Saathoff wirft ein, daß ca. 40 % der Ausgabenansätze für das Kalenderjahr 1996 nicht für Zuschüsse, sondern für andere Zwecke ausgegeben wurden.

Herr Dr. Beisser gibt ebenfalls seine Zustimmung zu der Maßnahme.

Herr Sprengelmeyer will die Erhöhung der Zuschüsse auch als Einleitung einer Grundsatzdiskussion zur Überarbeitung der Förderrichtlinien verstanden wissen.

Herr Hegewald fragt, ob die Teilnehmer aus Emden kommen müssen.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschuss

Herr Sprengelmeyer bejaht dieses und macht auf eine Ausnahme bzgl. der Ferienpaßaktion aufmerksam, wo ein Kooperationsvertrag zwischen der Gemeinde Hinte und der Stadt Emden besteht.

Herr Sprengelmeyer gibt weiter bekannt, daß zur Zeit an einigen Emdener Schulen eine Befragung von Jugendlichen ab der 7. Klasse durchgeführt wird, und zwar mit Hilfe eines Fragenkataloges, um die evtl. Gründe der Rückgänge in Jugendzeltlagern zu erhalten.

Frau Grix verspricht, daß der Fragebogen dem Protokoll angehängt wird (Anlage 1).

Im Verlauf der weiteren Diskussion kommt es zu folgendem Beschluß:

Beschluss:

1. Der Fördersatz für Fahrten und Lager wird von 2,50 DM auf 3,00 DM pro Tag und Teilnahme angehoben (Ziffer 1.1 der Richtlinien).
2. Der Zuschuß für internationale Begegnungen wird bei Fahrten ins Ausland von 8,-- DM auf 10,-- DM pro Tag und Teilnehmer erhöht.
3. Die anrechnungsfähigen Kosten für Unterkunft und Verpflegung werden von 23,-- DM auf 28,-- DM pro Tag und Teilnehmer angehoben (Anlage I Ziffer 1.1).
4. Das Mindestalter der Teilnehmer für Internationale Jugendbegegnungen wird von 14 Jahren auf 12 Jahre herabgesetzt.

Ergebnis: einstimmig

Herr Grix stellt den Antrag, in diesem Jahr wiederum Jugendliche aus Archangelsk in die Förderung einzubeziehen, soweit es sich um die Fahrten der Kriegsgräberfürsorge und der DGB-Jugend nach Frankreich handelt.

Herr Sprengelmeyer ist mit dem Vorschlag einverstanden unter der Voraussetzung, daß eine inhaltlich Abstimmung noch erfolgen wird.

Beschluß:

Der Jugendhilfeausschuß beschließt, in diesem Jahr wiederum Jugendliche aus Archangelsk in die Förderung einzubeziehen, die an Fahrten der Kriegsgräberfürsorge und der DGB-Jugend nach Frankreich teilnehmen.

Ergebnis: einstimmig.

TOP 5 Mitteilungen des Oberstadtdirektors

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschuss

TOP 6 Sachstandsbericht Jugendhilfeplanung
Vorlage: 13/90

Herr Heyermeyer vom Sozialen Dienst erläutert die Vorlage Nr. 13/90 bzgl. Sachstandsbericht der Jugendhilfeplanung.

Herr Mecklenburg will wissen, wie es mit der Einbindung von Verbänden und Vereinen ist. Er legt großen Wert darauf, daß bei der Jugendhilfeplanung die Kinder und Jugendlichen selbst Handelnde sein sollen. Außerdem hält er eine Zusammenarbeit mit den Schulen für wichtig, um auch die entsprechenden Ressourcen (z. B. räumliche) nutzen zu können. Des weiteren erkundigt sich Herr Mecklenburg danach, ob die Freistellung von Herrn Meister mit 50 % seiner Arbeitszeit für die nach seiner Ansicht wichtige Aufgabe Jugendhilfeplanung ausreicht.

Herr Sprengelmeyer erklärt, daß der Zeitplan von Herrn Meister noch nicht befriedigend funktioniert, weil er zu sehr in das Alltagsgeschäft eingebunden ist. Die Veranstaltungsplanung müsse neu überdacht werden. Die Arbeitszeit für die Jugendhilfeplanung ist ebenfalls zu klären. Einen Lösungsvorschlag gibt es zur Zeit noch nicht.

Hinsichtlich der Beteiligung von Verbänden und Vereinen ist die Struktur noch nicht klar geregelt. Vereine, Verbände, Schulen und andere Einrichtungen werde man bei der Jugendhilfeplanung natürlich einbeziehen. Er stelle sich fachbezogene Arbeitskreise vor.

Herr Sprengelmeyer geht ferner auf die Ferienpaßaktion des Jahres 1996 ein und erklärt, daß hier eine Analyse durch den Berufspraktikanten Onno Santjer erfolgt sei. Er habe eine Fragebogenaktion gemacht, um Basisdaten für die nächste Ferienpaßaktion zu bekommen. So sei z. B. ermittelt worden, daß 2/3 der Ferienpaßteilnehmer Mädchen sind, was bei der nächsten Ferienpaßaktion natürlich zu berücksichtigen sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Sachstandsbericht Kindergartensituation
Vorlage: 13/89

Herr Saathoff übernimmt die Einleitung, um die neuen Mitglieder des Jugendhilfeausschusses darüber zu informieren, wie sich die Platzzahlen bei den Kindergärten in den letzten beiden Jahren entwickelt haben. Er stellt heraus, daß mit relativ geringen finanziellen Mitteln 153 Kindergartenplätze geschaffen wurden.

Herr Kühl gibt einen Sachstandsbericht über die Kindergartensituation in Emden. Nach seinen Angaben gebe es zur Zeit insgesamt 1.545 Kindergartenplätze, und der Bedarf sei damit zu ca. 85 % abgedeckt. Hierbei sei allerdings zu berücksichtigen, daß alle Kindergartenplätze -auch die Nachmittagsplätze- mitgerechnet worden sind. Ab dem 01.10.1998 fällt die sogenannte Stichtagsregelung weg, und das bedeute, daß ab diesem Zeitpunkt für alle Kinder unmittelbar mit Vollendung des 3. Lebensjahres ein Anspruch auf einen Kindergartenplatz besteht. Somit müsse man künftig von einem höheren Bedarf ausgehen.

Die vorhandene Bedarfsplanung sieht einen Kindergarten beim Ökowerk in Borssum mit 50 Plätzen vor. Der Neubau soll in kürze realisiert werden. Für den Kindergarten in Larrelt zeichne sich ab, daß er in dieser Dimension im westlichen Bereich nicht benötigt wird. Allerdings werde das Jugendamt die Bedarfsplanung aus dem Jahre 1995 überarbeiten und in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine genaue längerfristige Bedarfsentwicklung für die einzelnen Stadtteile vorstellen.

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschuss

Herr Kühl geht ferner auf die Auswirkungen der neuen Beitragsregelung ab dem 01.08.1996 ein und erklärt, daß etwa 40 Eltern ihre Kinder aufgrund der Beitragsanpassung aus den Einrichtungen abgemeldet haben. Es sei außerdem zu beobachten, daß eine Verschiebung der Aufnahme der Kinder festzustellen ist, und zwar insofern, daß viele Kinder erst mit vier Jahren einen Kindergartenplatz einnehmen.

Frau Grix und Herr Hegewald sind der Auffassung, daß der Zeitpunkt zu früh ist, um die Kindergartenplanung für den Bereich Larrelt zurückzufahren.

Herr Hegewald weist darauf hin, daß in Larrelt in den letzten Jahre viele junge Familien ansässig geworden sind. Die Planung müsse daher aufrecht erhalten bleiben.

Frau Fekken schlägt vor, die Öffnungszeiten der Kindergärten zu überprüfen. Sie ist der Meinung, daß Frauen länger als vier Stunden Öffnungszeiten benötigen. Sie schlägt einen Fragebogen vor, um herauszufinden, was vor Ort gewünscht wird.

Herr Kühl erklärt, die Kindergartenleiterinnen hätten derartiges schon abgefragt. Man habe sich dem Bedarf weitgehend angepaßt und Sonder- bzw. verlängerte Öffnungszeiten eingeführt.

Herr Fürst gibt bekannt, daß der Leiter des Jugendamtes, Herr Dieter Prigge, zum 01.10.1997 in den Ruhestand treten will. Bis dahin nimmt er Sonderurlaub in Anspruch.

Herr Saathoff erklärt, daß das Jugendamt den Jugendschutz aktivieren will. Er kündigt verstärkte Kontrollen in den Kneipen und Discotheken in Zusammenarbeit mit der Polizei und dem Ordnungsamt an.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Anfragen

Herr Dr. Beisser beanstandet die "Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit", und zwar hinsichtlich der Teilnehmerbeiträge, weil Selbständige den Einkommenssteuerbescheid des Vorjahres vorlegen müssen und bei ihnen mindestens von einem Einkommen in Höhe des Regelsatzes der Sozialhilfe plus 30 % ausgegangen wird.

Frau Schmidt-Reinders möchte wissen, wie es sich mit der Visumspflicht für Jugendliche und Kinder unter 16 Jahren in der Stadt Emden verhält.

(Anmerkung des Protokollführers:

Laut Auskunft des Ordnungsamtes könnten ca. 50 Kinder und Jugendliche betroffen sein).

Die Beschlüsse wurden gem. § 47 Abs. 3 NGO bis zum Ende der Sitzung schriftlich festgehalten.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.20 Uhr.